



ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

44. hét

2018.10.29.

ZUSAMMENFASSUNG

- Die von Ferenc Gyurcsány angeführten Proteste in Verbindung mit der Regulierung der Obdachlosigkeit sind unehrlich, wurde die Obdachlosigkeit doch ausgerechnet unter den sozialistisch-liberalen Regierungen zu einem weit verbreiteten Problem in Budapest.
- In der Sache des ungarisch-ukrainischen Konflikts liegt eine weitere gemischte Woche hinter uns: Während sich die Außenminister der beiden Länder neuerlich trafen und Péter Szijjártó die Unterzeichnung eines bilateralen Abkommens zum Minderheitenschutz anregte, erlaubten es die Schritte der ukrainischen Seite der ungarischen Regierung auch weiterhin nicht, ein Treffen NATO-Ukraine auf Außenministerebene zu unterstützen.
- Ähnlich wie in den vorangegangenen Jahren konnte Viktor Orbán auch in diesem Jahr am 23. Oktober seine Festansprache vor den meisten Anhängern halten, während das Oppositionslager erneut durch persönliche Konflikte und die Unfähigkeit zu einem würdigen Gedenken geprägt war.
- Die Aussage des EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker, mit der die historischen Fakten außer Acht gelassen und die Ungarn provoziert werden, kann als Versuch zur Spaltung der den globalistischen und föderalistischen Bestrebungen entgegenstehenden mitteleuropäischen Länder angesehen werden.

WICHTIGE MELDUNGEN – WIRTSCHAFTSPOLITIK

DIE ÖFFENTLICHE DEBATTE WEGEN DER NUTZUNG ÖFFENTLICHER FLÄCHEN DURCH DIE OBDACHLOSEN FAND EINE FORTSETZUNG

In den vergangenen Tagen kam es gleich zu mehreren Aktionen der Opposition und von Zivilen gegen jene Rechtsnorm, mit der den Obdachlosen ein lebensartiger Aufenthalt auf öffentlichen Flächen untersagt wird. Der neue, erst Anfang Oktober berufene Polizeipräsident von Budapest betonte in Verbindung mit der Umsetzung dieser Rechtsnorm, also mit dem Auftreten der Behörden, wiederholt, wie wichtig es sei, Empathie zu zeigen.

Eine der spektakulärsten Aktionen vollbrachten die Abgeordneten der DK, die eine Nacht auf den Treppenstufen zum Parlamentsgebäude verbrachten. Dieser Fall beleuchtet sehr gut die hinterhältige Einstellung der Linksliberalen zu dem außerordentlich komplexen Problem der Obdachlosigkeit, das – wie dies vom neuen Polizeipräsidenten ebenso wie von den zuständigen Regierungsstellen in ihren Erklärungen immer wieder herausgestrichen wird – zahlreiche humanitäre Aspekte besitzt. Denn die Budapester Stadtführung unter Demszky und die MSZP-SZDSZ-Regierungen konnten abgesehen von der Betonung des „Rechts zum Leben auf der Straße“ über zwanzig Jahre hinweg keinerlei konkrete Ergebnisse auf diesem Gebiet vorlegen. Unter jenen, die eine Nacht auf den Stufen des Parlamentsgebäudes verbrachten, befand sich obendrein auch Ex-Ministerpräsident Ferenc Gyurcsány, der genau in jenen 90er Jahren zum Milliardär wurde, als das Problem der Obdachlosigkeit die Ausmaße einer Massenerscheinung in der ungarischen Hauptstadt annahm.

WICHTIGE MELDUNGEN – AUSSENPOLITIK UND AUSSENWIRTSCHAFT

DIE UNGARISCHE REGIERUNG MÖCHTE MIT DER UKRAINE EIN ABKOMMEN ZUM SCHUTZ DER MINDERHEITEN ABSCHLIESSEN

Außenminister Péter Szijjártó verhandelte in der vergangenen Woche erneut mit seinem ukrainischen Amtskollegen Pawlo Klimkin, was dieses Mal im Anschluss an ein sicherheitspolitisches Forum in Warschau geschah. In den Beziehungen der beiden Länder gelang auch in der vergangenen Woche kein Durchbruch im positiven Sinne, so dass dieses Verhältnis auch weiterhin außerordentlich instabil ist.

Péter Szijjártó strengte zwecks Lösung des Konflikts an, ein umfassendes Abkommen zum Minderheitenschutz unter Dach und Fach zu bringen, um welches der nach der Systemwende abgeschlossene Grundvertrag zwischen den beiden Ländern sowie die sonstigen bilateralen internationalen Abkommen ergänzt werden könnten. Der Leiter der ungarischen Diplomatie brachte seine Hoffnung zum Ausdruck, dass er diesen Vorschlag beim nächsten Treffen am 7. Dezember in Mailand bereits intensiv mit seinem ukrainischen Amtskollegen besprechen kann.

Für den Charakter der Spannungen im ungarisch-ukrainischen Verhältnis und die schwankende Stabilität der Beziehungen typisch erscheint, dass Péter Szijjártó nur einen Tag nach der oben genannten Ankündigung in Brüssel davon sprach, „die Lage in Verbindung mit der Ukraine hat sich dramatisch verschlechtert“. Diese Erklärung gab der ungarische Außenminister nach einem Gespräch mit NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg von sich, um jene Entscheidung der Regierung zu begründen, warum Ungarn die Organisation einer Ausschusssitzung NATO-Ukraine im Rahmen des nächsten Außenministertreffens des militärischen Bündnisses nicht unterstützen konnte.

Ungeachtet der als gut zu bezeichnenden persönlichen Kontakte der beiden Außenminister bestehen in naher Zukunft keine guten Aussichten für die Lösung der verschärften Spannungen in Verbindung mit dem diskriminierenden Sprachengesetz und weiterer Rechtsverstöße gegenüber den in Transkarpatien lebenden Ungarn. Denn ausgehend von den Trends der jüngsten Wochen folgt auf jeden einzelnen Fortschritt sogleich ein Rückschlag in den bilateralen Beziehungen, was nicht dadurch erleichtert wird, dass die „ungarische Karte“ im ukrainischen Wahlkampf bedauerlicherweise als effizientes Instrument zum Einsatz gebracht werden kann.

WICHTIGE MELDUNGEN – UNGARISCHE INNENPOLITIK

DER REGIERUNGSCHEF ERINNERTE MIT SEINER REDE VOR DEM TERRORHAUS AN 1956

Am 23. Oktober fand sich eine riesige Menschenmenge ein, um die Festansprache von Ministerpräsident Viktor Orbán auf der zentralen Gedenkveranstaltung vor dem Terrorhaus-Museum anzuhören. Vor dem Regierungschef sprach die Historikerin Mária Schmidt, die Direktorin des Terrorhaus-Museums ist.

Der Ministerpräsident hob in seiner Festansprache hervor, dass 1956 ebenso wie die Gegenwart mit der Frage der Unabhängigkeit der ungarischen Nation verbunden ist. Viktor Orbán erklärte, die Ideologie der Globalisierung zurückweisend und die Kultur des Patriotismus unterstützend müssen all jene aktiviert werden, die an ein Europa der Nationen glauben. „Wählen wir Unabhängigkeit und die Zusammenarbeit der Nationen gegenüber globalen Regierungen und Kontrollen“, verwies der Regierungschef auf die im kommenden Mai anstehenden Wahlen zum Europaparlament. Der Ministerpräsident meinte, die Bürokraten in Brüssel hätten Europa vorsätzlich nicht vor den Migrantenströmen geschützt, aber nicht etwa, weil ihnen die entsprechenden Fähigkeiten abhandengekommen wären, sondern weil ihnen jener Wille fehlte, den Ungarn wiederum an den Tag legte.

Wie er hinzufügte, betrachten die einwanderungsfreundlichen Politiker in Brüssel die Migration als Chance und Gelegenheit, das Europa der Nationalstaaten durch ein multikulturelles, vereinheitlichtes Imperium gemischter Bevölkerungen abzulösen. Die Geschichte lehrt uns jedoch, dass die Freiheit und langlebige Demokratie in den souveränen Staaten erhalten bleibt, in denen Frieden herrscht. Am Ende seiner Rede rief Viktor Orbán dazu auf, in Erinnerung an das Entstehen und den Kampf der Freiheitskämpfer von 1956 „den Patriotismus und die Zukunft des nationalen Stolzes zu wählen“.

AM 23. OKTOBER BEWIES DIE OPPOSITION EINMAL MEHR IHRE ZERRISSENHEIT

Aus Anlass des Nationalfeiertages vom 23. Oktober kam es in Budapest zu mehreren Kundgebungen der Opposition. Die Jobbik hielt eine Gedenkfeier am Ungarischen Radio ab, die rechtsradikale Bewegung „Unsere Heimat“ an der Corvin-Passage, während die Linksparteien MSZP, Párbeszéd, DK und Momentum gemeinsam auf dem Bem József tér demonstrierten, und eine Demonstration der LMP gegen Studiengebühren auf dem Szent Gellért tér stattfand.

Der Anfang Oktober aus der Parlamentsfraktion der Jobbik ausgeschlossene und die Partei wenige Tage später verlassende János Volner bezeichnete die Demonstration der Partei in Sozialforen als „bezahlten Widerstand“ und benannte seine ehemaligen Parteigefährten beim Namen, die nach seiner Ansicht als „Pflicht laut Arbeitsplatzbeschreibung“ Eier warfen und regierungsfeindliche Sprüche skandierten. Die gemeinsame Kundgebung der linken Opposition auf dem Bem-Platz nutzte der unabhängige Parlamentsabgeordnete Ákos Hadházy dazu, seine Initiative für die Europäische Staatsanwaltschaft zu bewerben. Abgesehen von Hadházy sprachen dort der Oberbürgermeister von

Hódmezővásárhely, Péter Márki-Zay, der MSZP-Abgeordnete Tamás Harangozó, der Abgeordnete des Europaparlaments, Benedek Jávor, Katalin Lukácsi, die ehemals Mitglied der KDNP war, sowie der Bürgermeister von Siófok, Róbert Lengyel.

Typisch für den Zustand dieser Opposition ist, dass der Parlamentsabgeordnete der LMP, Gábor Vágó, der zugleich offizieller Organisator der Demonstration in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Antikorruptionsbundes war, wenige Tage vor der Veranstaltung mit jenem Ákos Hadházy in einen Konflikt geriet, der ehemaliger Co-Vorsitzender der LMP ist. Hadházy meinte, die Person von Vágó sei über Maßen spaltend, zumal Vágó auf seiner eigenen Seite in den sozialen Foren von DK-Sympathisanten unter Beschuss genommen wurde, woraufhin der Politiker, der ursprünglich eine Rede halten wollte, letztlich gar nicht erschien. In dieser peinlichen Angelegenheit könnte eine Rolle gespielt haben, dass gewisse linksliberale Kreise die LMP zum Sündenbock für die in Folge dritte schwere Wahlniederlage machten. Nachdem die verschiedenen Veranstaltungen zu Ende gingen, zog ein Teil der Demonstranten vor das Gebäude der Anstalt der öffentlich-rechtlichen Medien (MTVA) und später noch vor das Hauptgebäude des Fidesz in der Lendvay utca.

PARTEIPOLITISCHER SCHLAGABTAUSCH UM DIE ABGEORDNETE MÁRTA DEMETER, DIE MILITÄRGEHEIMNISSE AUSPLAUDERTE

Der Fidesz-Vorsitzende im Verteidigungs- und Ordnungsausschuss des Parlaments, Lajos Kósa, strengt eine neuerliche Durchleuchtung nach Aspekten der nationalen Sicherheit der Stellvertretenden Ausschussvorsitzenden und Co-Vorsitzenden der LMP, Márta Demeter, an. Ihren Ursprung hat diese Geschichte darin, dass Márta Demeter aufgrund ihrer Befugnisse als Parlamentsabgeordnete an der Basis der Luftwaffe in Kecskemét Einblick in Geheimdokumente erhalten konnte.

Die früher in den Farben der MSZP politisierende Márta Demeter bezichtigte Viktor Orbán gestützt auf ihre bei dieser Akteneinsicht erworbenen Informationen, er habe seine kleinste Tochter mit einer Militärmaschine der Armee aus Zypern nach Hause holen lassen. Diese Geschichte präsentierten nahezu sämtliche Medien des Oppositionslagers als Sensation, doch stellte sich sehr schnell heraus, dass diese nach der Formulierung von Regierungssprecher Zoltán Kovács in die „klassische Kategorie der Fake News“ fällt. Wie die Ungarische Armee informierte, verursachte den „Irrtum“ von Demeter ein identischer Name, denn in Wirklichkeit wurde das Mädchen eines Armeeeoffiziers nach Hause geflogen, der auf Zypern seinen Dienst in einer Mission leistet.

Diese Angelegenheit ist für die betroffenen Medien und die LMP außerordentlich unangenehm, was noch dadurch gesteigert wurde, dass man nach erfolgten Dementi nicht den Irrtum eingestehen und um Entschuldigung bitten wollte, sondern die Strategie des Abstreitens und Verschweigens wählte. Angeregt vom Fidesz wird nun in Verbindung mit den Handlungen von Márta Demeter in der Öffentlichkeit darüber polemisiert, wo die Grenze zwischen den Interessen der nationalen Sicherheit beziehungsweise den parteipolitischen und individuellen politischen Interessen von Abgeordneten zu ziehen ist. Die Regierungspartei argumentiert dabei, dass die Veröffentlichung unter Verschluss befindlicher Informationen durch die Oppositionsabgeordnete eine Handlung war, die ein Risiko für die nationale Sicherheit darstelle.

NACHRICHTEN, DIE BEACHTUNG VERDIENEN

DER PRÄSIDENT DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION WÜRDE MITTELEUROPA SPALTEN

Auf einer Sitzung des Europaparlaments zur Debatte der Zukunft Europas formulierte Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker: „Alles, was rumänisch ist, ist zugleich auch europäisch, deshalb feiert Europa am 1. Dezember gemeinsam diesen für Rumänien und Europa so wichtigen Augenblick.“ Dieser in den ungarischen Medien enormen Widerhall findende Satz negiert nicht nur die historischen Fakten und nimmt keine Rücksicht auf die Geschichtserinnerung des ungarischen Volkes, er ist zudem aus dem Blickwinkel der aktuellen Debatten zur Europapolitik keineswegs gewichtslos.

Diesen Juncker-Satz werteten viele als Kompensationsgeste gegenüber den Rumänen, nachdem das Land vor wenigen Wochen in Verbindung mit der gefährdeten Unabhängigkeit der rumänischen Justiz auf die „Anklagebank“ des Europaparlaments gelangte. Ein demgegenüber noch wichtigeres Ziel des Juncker-Satzes dürfte darin bestanden haben, Ungarn und Rumänen gegeneinander aufzuhetzen, und damit indirekt die Bestrebungen einer mitteleuropäischen Einheit zu stören, die auf dem Zusammenschluss souveräner und starker Nationalstaaten beruht. Der Präsident der Europäischen Kommission ist sich absolut im Klaren darüber, dass Mitteleuropa eine Region ist, die von den Stürmen der Geschichte nicht verschont blieb, was er in der ihm verbliebenen Amtszeit von weniger als einem Jahr offenbar dazu ausnutzen will, seine Vision eines globalistischen, föderalistischen Europas durchzusetzen. Denn die in den jüngsten Jahren zunehmend intensivierte

Zusammenarbeit der mitteleuropäischen Staaten möchte gerade ein Gegenpol dieser Bestrebungen sein, indem eine europäische Zukunft auf der Basis souveräner und starker Nationalstaaten betont wird. Im Zusammenhang mit dem Nachleben dieser Juncker-Aussage erscheint die Bewertung durch den das Ministerpräsidentenamt leitenden Minister Gergely Gulyás korrekt, wonach „die politische Führung in den betroffenen Mitgliedstaaten im Gegensatz zum Präsidenten der Europäischen Kommission die Lage mit der erforderlichen Nüchternheit einzuschätzen vermag“.